



Stadt Köln

Die Oberbürgermeisterin

Geschäftsführung Integrationsrat

Frau Leyla Bachtiosin

Telefon: (0221) 221-29725

E-Mail: leyla.bachtiosin@stadt-koeln.de

Datum: 15.01.2024

Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 14.11.2023, 15:00 Uhr bis 17:10 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Tayfun Keltek	SPD Liste
Frau Anna Maria Klimaszewska-Golan	Polnische-Deutsche Liste
Herr Dr. John Akude	CDU
Frau Mechthild Böll	GRÜNE
Herr Mario Michalak	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dilan Yazicioğlu	GRÜNE
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Werner Marx	CDU
Frau Claudia Brock-Storms	SPD
Herr Lukas Lorenz	SPD
Frau Sarah Niknamtavin	DIE LINKE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Isabella Venturini	Volt
Herr Alparslan Babaoğlu-Marx	SPD Liste
Frau Sigita Gelbach	SPD Liste
Herr Turan Özküçük	SPD Liste
Frau Gönül Topuz	SPD Liste
Frau Dorsa Billstein	Grün Offene Liste
Frau Elizaveta Khan	Grün Offene Liste
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Frau Vivian Berhane	
Herr Musa Yüceel	Liste Kölner Vielfalt
Frau Carine Weber	Kölner Verbund der Migrantenorganisationen
Herr Ali Esen	Liste GÜVEN
Herr Fardad Hooghoughi	Liberale Vielfalt

Herr Luziano Gonzalez Tejon Einzelbewerber

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hüseyin Azar SPD-Liste

Herr Namik Keltek Namik SPD-Liste

Verwaltung

Frau Bettina Baum Amt für Integration und Vielfalt

Frau Christina Boeck Ausländeramt

Frau Leyla Bachtiosin Geschäftsstelle Integrationsrat / Schriftführung

Herr Günter Schlanstedt Dezernat V, Stabsstelle Sozialplanung

Beratende Mitglieder

Herr Claus-Ulrich Pröiß Kölner Flüchtlingsrat e.V.

Herr Wolfgang Uellenberg van Dawen Runder Tisch für Integration

Herr Tim Westerholt Caritasverband

Frau Öznur Naz Der Paritätische Wohlfahrtsverband

Regina Schlimkowski Senior*innenvertretung

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ahmet Edis Grün Offene Liste

Frau Antonietta Abbruscato SPD Liste

Herr Malik Karaman SPD

Herr Christophe Twagiramungu Mugabowindekwe SPD Liste

Herr Jaroslaw Bak Grün Offene Liste

Herr Stefan-Lazar Mitu Offene Liste Orthodoxe Christen Köln

Herr Luca Paglia Italia Integra

Frau Eugenie Rempel HEIMAT-Rodina

Verwaltung

Frau Sigrit Ortmann Kommunales Integrationszentrum

Der Vorsitzende Tayfun Kelttek begrüßt die Mitglieder zur letzten Sitzung des Integrationsrates im Jahr 2023. Ein besonderer Punkt auf der Tagesordnung sei die Verabschiedung der Mittel für die Träger, sodass sie auch im kommenden Jahr ihre wichtige Arbeit fortsetzen können.

Die nachträglich aufgenommenen Tagesordnungspunkte werden vorgelesen:

- **TOP 3.3** Beantwortung einer schriftlichen Anfrage von Elizaveta Khan, Ahmet Edis und Dorsa Billstein aus der Sitzung des Integrationsrates vom 12.09.2023 (AN/1615/2023) betreffend „Koloniales Erbe der Stadt Köln“ 3479/2023
- **TOP 3.4** Beantwortung einer schriftlichen Anfrage zum aktuellen Stand DOMID und Halle 71 3476/2023
- **TOP 4.7** Anfrage zu den Anträgen der Kölner Bürger*innen (Erziehungsberechtigten) mit internationaler Familiengeschichte für die Einrichtung eines neuen Standortes für den Herkunftssprachlichen Unterrichtes AN/1968/2023
- **TOP 5.7** 2. Quartalsbericht 2023 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln 2931/2023
- **TOP 5.8** KOMM-AN NRW – Landesprogramm zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements bei der Integration von Geflüchteten und neueingewanderten Menschen in den Kommunen - Sachstandsbericht 2023
- **TOP 5.9** Zukunft und Entwicklung des Osthofs im Plangebiet Hallen Kalk 1539/2023, Top 3.3 aus der 19. Sitzung des Ausschusses für Kunst und Kultur am 29.08.2023 3163/2023
- **TOP 6.1.1** Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage „Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele 4069/2022“ AN/1926/2023
- **TOP 6.4** Antrag auf Erweiterung des Schuleinzugsgebietes von Schulen mit bilinguaem Zweig AN/1927/2023
- **TOP 8.4** Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für die Errichtung eines Wohngebäudes zur Unterbringung Geflüchteter an der Gießener Straße in Köln-Gremberg durch einen Totalunternehmer 0934/2023
- **TOP 8.5** Verlängerung Auszugsmanagement 2024/2025 2793/2023
- **TOP 8.6** Zweite Satzung zur Änderung der Satzungen der Stadt Köln vom 16.01.2018 über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische geflüchtete Personen und Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme 2695/2023
- **TOP 8.7** Leitbild für kulturelle Teilhabe in Vielfalt 3533/2023
- **TOP 8.8** Befristete Verlängerung des Förderprogrammes im Rahmen des Programmes "Bleibeperspektive in Köln" mit Trägerbindung 2254/2023
- **TOP 8.9** Auf dem Ginsterberg 2 - 34 in 50737 Köln Weidenpesch: Abriss und Neubau von 15 ein- und zweigeschossigen Einfamilienhäusern sowie Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Zukunft des bestehenden Mehrfamilienhauses 2814/2023

RM Dılan Yazicioğlu meldet Beratungsbedarf für Tagesordnungspunkte 6.3 bzw. 6.3.1, 6.4, 8.4 und 8.7 an. Zu TOP 6.4 bittet sie um eine Stellungnahme des Dezernats IV. Bei TOP 8.1 und 8.6 werden die Ratsmitglieder an der Abstimmung nicht teilnehmen.

IRM Lisa Khan schiebt die Behandlung des Antrags zu TOP 6.2 in die nächste Sitzung.

IRM Turan Ozküçük fasst zusammen, dass 6.1 bzw. 6.1.1 zusammen mit 8.3 behandelt werden.

RM Katja Hoyer schlägt vor zu TOP 8.5 ohne Beteiligung der Ratsmitglieder abzustimmen und die weitere Diskussion anschließend im Sozialausschuss zu führen. TOPs 8.8 und 8.9 sollen ohne Votum in die nächsten Ausschüsse verschoben werden.

Nach weiterer Aussprache nehmen die Mitglieder des Integrationsrates die geänderte Tagesordnung an.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Vorstellung einer Institution / eines Trägers der Integrationsarbeit

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
 - 3.1 Beantwortung der schriftlichen Anfrage aus der Sitzung des Integrationsrates vom 15.08.2023 (AN 1306/2023) betreffend die Gleichbehandlung von Drittstaatler*innen aus der Ukraine im SGB II 2760/2023
 - 3.2 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der SPD-Fraktion aus der Sitzung des Integrationsrates vom 12.09.23 (AN/1560/2023) betreffend „Verlorene Unterlagen in den Kölner Ausländerbehörden“ 3230/2023

Anfrage zum Thema: Verlorene Unterlagen in den Kölner Ausländerbehörden AN/1560/2023
 - 3.3 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage von Elizaveta Khan, Ahmet Edis und Dorsa Billstein aus der Sitzung des Integrationsrates vom 12.09.2023 (AN/1615/2023) betreffend „Koloniales Erbe der Stadt Köln“ 3479/2023

Anfrage Thema: Koloniales Erbe der Stadt Köln AN/1615/2023
 - 3.4 Aktueller Stand DOMID und Halle 71 3476/2023

Anfrage: Aktueller Stand DOMID und Halle 71
AN/1616/2023

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

- 4.1 Anfrage zur Gesundheitsversorgung der Bewohner*innen der Notschlafstelle Vorgebirgsstraße
AN/1358/2023
- 4.2 Anfrage zu WLAN am Wohnheim für Geflüchtete Poller Holzweg
AN/1644/2023
- 4.3 Anfrage zum Positionspapier der Interkulturelle Zentren zu Bedarfen von älteren Menschen mit internationaler Familiengeschichte
AN/1645/2023
- 4.4 Anfrage zu 20. Jahrestag Nagelbombenanschlag in der Keupstraße
AN/1911/2023
- 4.5 Anfrage zu Bonitätsprüfung im Ausländeramt
AN/1912/2023
- 4.6 Anfrage zu Mehrstaatigkeit, Einbürgerungsanträge während der Novellierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes
AN/1913/2023
- 4.7 Anfrage zu den Anträgen der Kölner Bürger*innen (Erziehungsberechtigten) mit internationaler Familiengeschichte für die Einrichtung eines neuen Standortes für den Herkunftssprachlichen Unterrichtes
AN/1968/2023

5 Mitteilungen

- 5.1 Sachstandsbericht zum Prozess "Postkoloniales Erbe der Stadt Köln"
1416/2023
- 5.2 Leitlinie Kindeswohlaspekte - Sicherstellung von Kindeswohlaspekten bei der Prüfung von Bleibeperspektiven und im Rahmen aufenthaltsbeendender Maßnahmen
2915/2023
- 5.3 Ende der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ (DiAA)
2894/2023
- 5.4 Aktuelle Zahlen zur städtischen Unterbringung Geflüchteter in Köln
3254/2023

- 5.5 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe; hier: Deutsch-Afrikanische Kooperation e.V. (DAKO e.V.)
3355/2023
- 5.6 Dritter Sachstandsbericht zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten
3192/2023
- 5.7 2. Quartalsbericht 2023 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
2931/2023
- 5.8 KOMM-AN NRW – Landesprogramm zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements bei der Integration von Geflüchteten und neueingewanderten Menschen in den Kommunen - Sachstandsbericht 2023
3445/2023
- 5.9 Zukunft und Entwicklung des Osthofs im Plangebiet Hallen Kalk 1539/2023, Top 3.3 aus der 19. Sitzung des Ausschusses für Kunst und Kultur am 29.08.2023
3163/2023
- 6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 6.1 Antrag zur Beschlussvorlage „Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele 4069/2022“
AN/1407/2023
- Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag AN/1407/2023 zur Beschlussvorlage 4069/2022 "Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele"
2974/2023
- 6.2 Antrag für eine Zusatzklärung für unter das Gaststättengesetz fallenden Betriebe
AN/1303/2023
- 6.3 Antrag der FDP-Fraktion Stadtweite Einbürgerungsfeiern
AN/1690/2023
- 6.3.1 Änderungsantrag bzw. Zusatzantrag – Stadtweite Einbürgerungsfeiern
AN/1901/2023
- 6.4 Antrag auf Erweiterung des Schuleinzugsgebietes von Schulen mit bilingua-lem Zweig
AN/1927/2023

7 Berichte

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner*innen in Ratsausschüssen

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

8 Beschlussvorlagen

8.1 Strukturförderfonds 2023 / 2024

hier: Richtlinie für Zuwendungen aus dem Strukturförderfonds des Dezernates der Oberbürgermeisterin zur Abmilderung der steigenden Personal- und Betriebs- / Energiekosten in Folge des Ukraine-Krieges im Jahr 2024
2777/2023

8.2 Aktualisierung der "Geänderten Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Einrichtung von neuen bilingualen Kindertageseinrichtungen in Köln"
3019/2023

8.3 Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele
4069/2022

6.1.1 Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage „Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele 4069/2022“
AN/1926/2023

8.4 Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für die Errichtung eines Wohngebäudes zur Unterbringung Geflüchteter an der Gießener Straße in Köln-Gremberg durch einen Totalunternehmer
0934/2023

8.5 Verlängerung Auszugsmanagement 2024/2025
2793/2023

8.6 Zweite Satzung zur Änderung der Satzungen der Stadt Köln vom 16.01.2018 über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische geflüchtete Personen und Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme
2695/2023

8.7 Leitbild für kulturelle Teilhabe in Vielfalt
3533/2023

8.8 Befristete Verlängerung des Förderprogrammes im Rahmen des Programmes "Bleibeperspektive in Köln" mit Trägerbindung
2254/2023

8.9 Auf dem Ginsterberg 2 - 34 in 50737 Köln Weidenpesch:

Abriss und Neubau von 15 ein- und zweigeschossigen Einfamilienhäusern sowie Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Zukunft des bestehenden Mehrfamilienhauses
2814/2023

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

II. Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen

1.1 Dritter Sachstandsbericht zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten - umgesetzte Maßnahmen
3216/2023

1.2 Mündliche Mitteilungen

- Neubesetzung der Geschäftsführung des Integrationsrates
- Abteilungsleitung des Kommunalen Integrationszentrums
- Verabschiedung von RM Katja Hoyer

I. Öffentlicher Teil

Vorstellung einer Institution / eines Trägers der Integrationsarbeit

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
 - 3.1 Beantwortung der schriftlichen Anfrage aus der Sitzung des Integrationsrates vom 15.08.2023 (AN 1306/2023) betreffend die Gleichbehandlung von Drittstaatler*innen aus der Ukraine im SGB II 2760/2023**

Der Vorsitzende Tayfun Keltek bittet die Mitglieder des FachAK 4 um Wortmeldungen.

Beratende Mitglied Claus-Ulrich Pröbß weist darauf hin, dass sich der FachAK 2 mit der Beantwortung befasst und auch die Geschäftsführerin des Jobcenters eingeladen habe.

RM Dr. John Akude berichtet als Mitglied des FachAK 2, dass es sich um 139 Personen handele, die direkt betroffen seien. In der FachAK-Sitzung habe Claus-Ulrich Pröbß von einer Entscheidung des Landessozialgerichts berichtet, wonach der Bezug von SGB II-Leistungen nicht ausgeschlossen sei. Er habe daraufhin Frau Wirker, die Geschäftsführerin des Jobcenters, gefragt, ob sie bei ihrer Antwort bleiben wolle. Frau Wirker habe erklärt, dass sie weisungsgebunden sei und dass es klare Regelungen für die Zusammenarbeit zwischen dem Jobcenter bzw. der Kommune, also der Stadtverwaltung Köln, und dem Bund gebe. Der Information über das neue Urteil des Landessozialgerichts werde sie nachgehen. Zudem habe eine Mitarbeiterin der Verwaltung die Antwort dahingehend kritisiert, dass das Jobcenter zwei Ausnahmen genannt habe, in denen das SGB II nicht gelte, es aber in der Praxis keine Ausnahmen gebe.

Beratendes Mitglied Claus-Ulrich Pröbß ergänzt, dass es offenbar eine Dienstanweisung gebe, die die Gewährung von SGB II-Leistungen an Drittstaatsangehörige aus der Ukraine verbiete, gleichzeitig aber die Rechtsprechung genau das Gegenteil sage. Dies werde nun geprüft und er hoffe, dass sich Frau Wirker bald zu diesem Thema melden werde.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

- 3.2 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der SPD-Fraktion aus der Sitzung des Integrationsrates vom 12.09.23 (AN/1560/2023) betreffend „Verlorene Unterlagen in den Kölner Ausländerbehörden“ 3230/2023**

IRM Turan Özküçük stellt richtig, dass die Anfrage nicht von der SPD-Fraktion, sondern von drei Personen der SPD-Liste gestellt wurde. Er dankt der Ausländerbehörde für die präzisen und verständlichen Antworten.

Die Verwaltung, Christina Boeck, ergänzt auf Nachfrage von IRM Turan Özküçük, von wem und durch welches Verfahren der Schaden der Betroffenen ersetzt wird, wie solche Fälle im Amt vorgetragen werden. Sobald sich herausstellt, dass tatsächlich Dokumente in der Ausländerbehörde verloren gegangen sind, können die Personen, die neue Dokumente beschaffen müssen, in der Regel die Kosten, die sie dafür aufwenden mussten, bei ihrem Konsulat bzw. ihrer Botschaft, beim Ausländeramt einreichen und bekommen diese erstattet. Es erfolgt in jedem Fall eine volle Kostenerstattung, das regelt das Ausländeramt direkt intern mit den zu beteiligenden Ämtern.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.3 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage von Elizaveta Khan, Ahmet Edis und Dorsa Billstein aus der Sitzung des Integrationsrates vom 12.09.2023 (AN/1615/2023) betreffend „Koloniales Erbe der Stadt Köln“ 3479/2023

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.4 Aktueller Stand DOMID und Halle 71 3476/2023

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

4.1 Anfrage zur Gesundheitsversorgung der Bewohner*innen der Notschlafstelle Vorgebirgsstraße AN/1358/2023

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

4.2 Anfrage zu WLAN am Wohnheim für Geflüchtete Poller Holzweg AN/1644/2023

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

4.3 Anfrage zum Positionspapier der Interkulturelle Zentren zu Bedarfen von älteren Menschen mit internationaler Familiengeschichte AN/1645/2023

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

4.4 Anfrage zu 20. Jahrestag Nagelbombenanschlag in der Keupstraße AN/1911/2023

RM Claudia Brock-Storms berichtet, dass sie in einem Gespräch mit dem Bezirksbürgermeister erfahren habe, dass es bereits einen intensiven Austausch gibt.

Der Vorsitzende Tayfun Kelttek informiert, eine Beantwortung zum Teil vorliege bzw. sich in der internen Abstimmung befinde. Abschließende Beantwortung werde in der Januarsitzung vorgelegt. Theater Bühnen der Stadt Köln, Stabsstelle Events sowie Amt für Integration und Vielfalt seien in die Planungen eingebunden.

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**4.5 Anfrage zu Bonitätsprüfung im Ausländeramt
AN/1912/2023**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**4.6 Anfrage zu Mehrstaatigkeit, Einbürgerungsanträge während der Novel-
lierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes
AN/1913/2023**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**4.7 Anfrage zu den Anträgen der Kölner Bürger*innen (Erziehungsberechtig-
ten) mit internationaler Familiengeschichte für die Einrichtung eines
neuen Standortes für den Herkunftssprachlichen Unterrichtes
AN/1968/2023**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

5 Mitteilungen

**5.1 Sachstandsbericht zum Prozess "Postkoloniales Erbe der Stadt Köln"
1416/2023**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.2 Leitlinie Kindeswohlaspekte - Sicherstellung von Kindeswohlaspekten
bei der Prüfung von Bleibeperspektiven und im Rahmen aufenthaltsbe-
endender Maßnahmen
2915/2023**

RM Frau Böll bedankt sich herzlich beim Ausländeramt, Frau Boeck, für diese Vorlage und die Leitlinien. Es seien viele Dinge eingeflossen und man werde die Umsetzung gut beobachten. Sie bittet darum, diese Mitteilung auch in den Jugendhilfeausschuss zu geben.

RM Sarah Niknamtavin teilt die Unzufriedenheit der Linksfraktion mit dem Ergebnis dieser Mitteilung mit. Sie sei der Überzeugung, dass wenn Kinder abgeschoben werden, es sich immer um eine bedrohliche Situation handele und es nicht von den Eltern abhängig gemacht werden dürfe, ob das Jugendamt den Kindern Begleitpersonen zur Seite stelle. Dies könne nur von Kind zu Kind individuell beurteilt werden.

Beratendes Mitglied Claus-Ulrich Pröiß bedankt sich ebenfalls herzlich in Richtung Ausländeramt, es gebe nur sehr wenige Ausländerämter, die sich überhaupt mit dem Thema beschäftigen. Es war sehr gut, dass der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen und

auch die Ausländerrechtliche Beratungskommission hier die Möglichkeit hatten, Ergänzungen einzubringen. Eine Ergänzung betrifft auch das Thema Kindeswohl nur durch die Eltern, das ist auf Seite 4 neu geschrieben worden, wo es insgesamt um die Frage einer möglichen Kindeswohlgefährdung geht, unabhängig davon, von wem sie ausgeht, also von den Eltern oder auch durch staatliches Handeln. Es seien viele Ergänzungen eingearbeitet worden, und es werde zu gegebener Zeit weitere Ergänzungen geben können, das sei eine Frage, die auch am Runden Tisch für Flüchtlingsfragen besprochen werde.

RM Lukas Lorenz bedankt sich für die Leitlinien. Er findet die Stellungnahme des Jugendamtes sehr befremdlich, wenn nur eine Kindeswohlgefährdung von Eltern zu Kindern verfolgt werde, dies entspreche nicht dem SGB. Die Definition von Kindeswohlgefährdung sei allen bekannt und diese könne nicht nur von Eltern ausgehen, sondern auch von Schule, Vereinen, Jugendhilfeorganisationen und genauso gut vom Staat. Die Haltung des Jugendamtes sollte überdacht werden, für das weitere Vorgehen sollten alle Möglichkeiten geprüft werden, damit, wenn eine Kindeswohlgefährdung eintritt, diese auch entdeckt und entsprechend verhindert werden kann.

Die Mitglieder des Integrationsrates empfehlen die Wiedervorlage der Mitteilung im Jugendhilfeausschuss.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3 Ende der Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ (DiAA) 2894/2023

RM Katja Hoyer bedankt sich für die Initiative und das Engagement der Verwaltung der Stadt Köln, die versucht habe, das Programm am Laufen zu halten, es sei sehr bedauerlich, dass diese Initiative nun doch zu Ende gehe. Unabhängig von der jeweiligen Regierungspartei sei immer darauf geachtet worden, junge Menschen in Ausbildung und Arbeit zu bringen. Die 170 Auszubildenden seien ein Erfolg, umso bedauerlicher sei es, dass dieses Programm eingestellt werde.

RM Mechthild Böll drückt ebenfalls ihr Bedauern aus.

Beratendes Mitglied Wolfgang Uellenberg van Dawen ergänzt zum Hintergrund der Maßnahme, dass die Kölner Ausländerbehörde seinerzeit unter der Leitung von Frau Dahmen ein Projekt gestartet habe, nämlich den Erwerb des Hauptschulabschlusses mit einer Ausbildungsperspektive zu verbinden. Damals sei es möglich gewesen, an den Berufskollegs der Stadt Köln für bis zu 27-jährige Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge und Menschen mit Behinderungen den Hauptschulabschluss zu machen, das sei einfach durch einen Erlass der damaligen rot-grünen Landesregierung, insbesondere von Frau Löhrmann, erledigt worden. Daraufhin habe es hier im Integrationsrat, im Schulausschuss und landesweit verschiedene Initiativen gegeben. Beim Runden Tisch für Flüchtlingsfragen sei das Thema Tages- und Abendschulen diskutiert worden, die in dieser Situation hilfsweise eingesprungen seien.

Er regt an, dass die Stadt Köln die Landtagsabgeordneten bzw. die Kölner Vertreter*innen im Landtag noch einmal darauf hinweist, dass hier noch einmal massiv Druck gemacht werden muss, weil diese Themen wie Schulabschluss, Hauptschulabschluss und andere Maßnahmen wie Jobcoaching etc. für die Integration der Jugendlichen enorm wichtig sind. Weil viele Jugendliche, wenn sie diese Maßnahmen nicht durchlaufen, in Schwierigkeiten kommen können, gebe es sehr schnell Pressemeldungen über straffällig gewordene Jugendliche. Das sei eine sehr wichtige Geschichte,

deshalb wäre es gut, wenn von Seiten der Oberbürgermeisterin oder des Jugenddezernenten und des Rates auch die Landtagsabgeordneten in dieser Frage noch einmal angeschrieben würden. Ein gut laufendes Programm einfach zu beenden, halte er für mehr als problematisch.

RM Dr. John Akude schließt sich den Aussagen seiner Kolleg*innen an.

RM Herr stellt die Sichtweise des Landes heraus, wonach das Programm im Rahmen des Ausbaus und Aufbaus des kommunalen Integrationsmanagements, das auch in Köln von vielen Trägern umgesetzt werde, beendet worden sei. In diesem Zusammenhang sei er dankbar, dass das Amt für Integration und Vielfalt sich bereits mit entsprechenden Stellungnahmen an das Land gewandt habe, leider seien andere Kommunen nicht in gleicher Stärke gefolgt.

Beratendes Mitglied Tim Westerholt merkt an, dass die Umsetzung mit dem kommunalen Integrationsmanagement nicht das Gleiche sei, es beinhalte z.B. nicht die gleiche Flexibilität bei der Einrichtung von Sprachkursen etc. Aber das kommunale Integrationsmanagement habe auch einen entsprechenden Fachbeirat, entwickle sich weiter und stehe im Dialog mit dem Land. Dies sollte weiterverfolgt werden, damit erfolgreiche Ansätze aus „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ entsprechend im KIM fortgeführt werden können.

Der Vorsitzende Tayfun Keltok ergänzt, dass dies ein Schwerpunkt des Landesintegrationsrates sei, man aber mit der Umsetzung im Moment nicht zufrieden sei. Es werde viel Geld ausgegeben, ohne dass es zielgerichtet eingesetzt werde, aber gerade in diesem Bereich sei es dringend notwendig, die vorhandenen Ressourcen sehr zielgerichtet einzusetzen. Der Landesintegrationsrat sei ständig im Gespräch mit der Landesregierung.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.4 Aktuelle Zahlen zur städtischen Unterbringung Geflüchteter in Köln 3254/2023

IRM Lisa Khan bittet darum, die Quartals- und Jahresberichte und nicht nur die Zahlen zur Verfügung zu stellen.

RM Isabella Venturini merkt an, dass in den Mitteilungen, die sich auf die Zahl der Geflüchteten bzw. auf die Unterbringung in Köln beziehen, immer von unerlaubt eingereisten Personen gesprochen wird, ohne dass näher spezifiziert wird, woher die Menschen tatsächlich kommen oder um welche Gruppen es sich genau handelt. Es entstehe oft der Eindruck, dass von einer „anonymen Masse“ gesprochen werde. Vor diesem Hintergrund regt sie an, wenn es der Verwaltung möglich sei, etwas mehr Hintergrundinformationen zu den Personengruppen und deren Beweggründen zu geben, die z.B. dazu führen, dass derzeit vermehrt Menschen kommen bzw. nicht mehr abreisen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.5 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe; hier: Deutsch-Afrikanische Kooperation e.V. (DAKO e.V.) 3355/2023

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.6 Dritter Sachstandsbericht zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten 3192/2023

Beratendes Mitglied Claus-Ulrich Pröiß weist auf weitere Fragen hin, die sich aus diesem Sachstandsbericht ergeben. Beispielsweise werde unter Punkt 4, neue Unterbringungsstandorte, zum einen explizit ausgeführt, dass es sich bei einer Unterbringungseinrichtung um eine Gemeinschaftsunterbringung handle, d. h. Gemeinschaftsanlagen und Gemeinschaftsküchen. Beim Nächsten stehe nur Wohncontainerstandort und da sei keine Aussage, ob das eine Gemeinschaftsunterbringung sei. Es sei sehr schade, dass alles ein bisschen durcheinander gehe. Man könne sich kein Bild machen, in welcher Qualität diese neuen Unterbringungsstandorte gebaut werden.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.7 2. Quartalsbericht 2023 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln 2931/2023

RM Mechthild Böll bedankt sich zunächst und lobt den Bericht dafür, dass durch das Ansprechen von Problemen bereits einige schnell gelöst werden konnten. Dennoch seien am Ende noch viele Themen und Empfehlungen aufgeworfen worden, über die sie gerne mehr erfahren würde, insbesondere wie mit den dokumentierten Problemfällen weiter verfahren wird. Sie regt an, im nächsten Bericht auf die Themen des vorliegenden Berichts zurückzukommen und bittet um weitere Informationen, was konkret mit den Aussagen des vorliegenden Berichts geschieht.

Beratendes Mitglied Claus-Ulrich Pröiß weist darauf hin, dass der Leiter der Ombudsstelle, Thomas Sitzmann, anwesend sei und entschieden werden könne, ob er Stellung nehmen wolle. Die Mitteilung der Verwaltung sei besonders interessant, da sie sich auf die Auswirkungen der noch geltenden Gebührensatzung und auf die Verschuldung von Personen beziehe. Unter Punkt 5.3 auf Seite 3 der Mitteilung werde erwähnt, dass der Umgang mit den Altfällen derzeit verwaltungsintern abgestimmt werde; hierzu möchte er den aktuellen Stand dieser Abstimmung wissen und fragt, ob die Passus im Beschlussantrag zur neuen Gebührensatzung damit identisch sei.

RM Dr. John Akude weist auf Punkt 4 bezüglich WLAN in den Unterkünften hin. Dort stehe zwar, dass in allen Unterkünften Internet vorhanden sei oder WLAN zur Verfügung gestellt werde. Im Gegensatz dazu beobachte er Fälle wie z.B. im Poller Holzweg, wo es kein WLAN gebe und die Verwaltung von Wirtschaftlichkeit als Hauptkriterium spreche. Offenbar müsse sich die Installation von WLAN wirtschaftlich lohnen, sonst werde es nicht gemacht. Er wünscht eine Korrektur dahingehend, dass ausnahmslos in allen Unterkünften WLAN zur Verfügung steht.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.8 KOMM-AN NRW – Landesprogramm zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements bei der Integration von Geflüchteten und neueingewanderten Menschen in den Kommunen - Sachstandsbericht 2023
3445/2023**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.9 Zukunft und Entwicklung des Osthofs im Plangebiet Hallen Kalk
1539/2023, Top 3.3 aus der 19. Sitzung des Ausschusses für Kunst und Kultur am 29.08.2023
3163/2023**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

**6.1 Antrag zur Beschlussvorlage „Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele 4069/2022“
AN/1407/2023**

6.1 und 6.1.1 wurden zusammen mit dem TOP 8.3 behandelt.

Der Antragsteller zieht den Antrag zurück.

**Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag AN/1407/2023 zur Beschlussvorlage 4069/2022 "Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele"
2974/2023**

**6.1.1 Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage „Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele 4069/2022“
AN/1926/2023**

6.1 und 6.1.1 wurden zusammen mit dem TOP 8.3 behandelt.

Beschluss:

Der Integrationsrat bemängelt die weitgehend undifferenzierte und wenig erläuternde Darstellung der Lebenswirklichkeit von Menschen mit internationaler Familiengeschichte in der Anlage zur Beschlussvorlage „Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele 4069/2022“
und

1. nimmt die elf in der Anlage benannten strategischen Herausforderungen für die zukünftige integrierte Sozialplanung der Stadt zustimmend zur Kenntnis;
2. beschließt die strategischen Ziele/Teilziele zu den Herausforderungen wie in der Anlage dieser Vorlage ausgeführt;

3. beauftragt die Verwaltung, im Sinne des strategischen Steuerungsprozesses der integrierten Sozialplanung, dort wo noch nicht mit einer Fachplanung hinterlegt, darzulegen, mit welchen geeigneten Strategien die Ziele/Teilziele verfolgt werden sollen;
4. beauftragt die Verwaltung den Fachausschüssen regelmäßig über die Zielerreichung und die Strategien zur Zielerreichung zu berichten;
5. bittet den Rat die Verwaltung zu beauftragen, bei Vorlage einer künftigen integrierten Sozialplanung die Einlassungen des Integrationsrates zu berücksichtigen und auf eine differenzierte Datenlage zurückzugreifen bzw. diese zu schaffen, um sicher zu stellen, dass Menschen mit internationaler Familiengeschichte, d.h. 40% der Kölner Bevölkerung, differenziert z.B. nach ausländerrechtlichem Status, Aufenthaltsdauer, Zuwanderungsintention, Milieuzugehörigkeit usw. betrachtet werden, sowie erklärende Erläuterungen und Hintergrundinformationen zu geben, warum sich die statistischen Zahlen in dieser Weise bei Menschen mit internationaler Familiengeschichte darstellen.“

Es wird hierzu verwiesen

auf die Diskussion im Frühjahr 2022 zum „[1. Kölner Lebenslagenbericht 2020](#)“ und die bei Beschlussfassung im Rat am 24.6.2022 vorgebrachte Bitte an die Verwaltung, „die Anregungen aus den vorberatenden Gremien miteinzubeziehen“ (u.a. des einstimmig beschlossenen Antrages [AN/1196/2021](#) des Integrationsrates vom 1.6.2022),

sowie auf die erneuten Einlassungen im jetzt zurückgezogenen Antrag [AN/1407/2023](#) von Herrn Kelttek vom 14.08.2023 .

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

6.2 Antrag für eine Zusatzklärung für unter das Gaststättengesetz fallenden Betriebe AN/1303/2023

Der Antrag wird in die nächste Sitzung des Integrationsrates verschoben.

6.3 Antrag der FDP-Fraktion Stadtweite Einbürgerungsfeiern AN/1690/2023

Der Antrag wird in die nächste Sitzung des Integrationsrates verschoben.

6.3.1 Änderungsantrag bzw. Zusatzantrag – Stadtweite Einbürgerungsfeiern AN/1901/2023

Der Änderungsantrag wird in die nächste Sitzung des Integrationsrates verschoben.

6.4 Antrag auf Erweiterung des Schuleinzugsgebietes von Schulen mit bilingualem Zweig AN/1927/2023

Der Antrag wird in die nächste Sitzung des Integrationsrates verschoben.

7 Berichte

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner*innen in Ratsausschüssen

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

8 Beschlussvorlagen

8.1 Strukturförderfonds 2023 / 2024

**hier: Richtlinie für Zuwendungen aus dem Strukturförderfonds des Dezernates der Oberbürgermeisterin zur Abmilderung der steigenden Personal- und Betriebs- / Energiekosten in Folge des Ukraine-Krieges im Jahr 2024
2777/2023**

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren beschließt die „Förderrichtlinie für Zuwendungen aus dem Strukturförderfonds des Dezernates der Oberbürgermeisterin und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.
2. Die erforderlichen Mittel für das Haushaltsjahr 2024 in Höhe von 285.000 € werden im Teilergebnisplan des Amtes für Integration und Vielfalt in der Produktgruppe 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in der Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt bei 0 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen von Turan Özküçük und Alparslan Babaoğlu-Marx.

Die Ratsmitglieder haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

8.2 Aktualisierung der "Geänderten Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Einrichtung von neuen bilingualen Kindertageseinrichtungen in Köln" 3019/2023

Der Vorsitzende Tayfun Keltek berichtet, dass der IR lange mit dem Jugendamt über dieses Thema diskutiert habe, die Anregungen seien leider nicht so aufgenommen worden. Um nun die Träger nicht zu benachteiligen, wird er den Beschlussantrag unterstützen, weitere Vorschläge zur Änderung der Richtlinien können zu einem anderen Zeitpunkt beantragt werden.

Beratendes Mitglied Herr Uellenberg van Dawen informiert die Gäste und Mitglieder des Kölner Runden Tisches für Integration über eine bevorstehende Diskussion im Plenum am kommenden Dienstag um 19.00 Uhr mit Herrn Voigtsberger im Domforum zum Thema Vielfalt und Mehrsprachigkeit in den Kindertagesstätten der Stadt Köln. Er betont die Wichtigkeit des Themas und weist darauf hin, dass auch die Fragen der Richtlinie noch einmal diskutiert werden. Interessierte sind eingeladen, um 19:00 Uhr an der Plenarsitzung im Domforum teilzunehmen.

Der Vorsitzende Tayfun Keltek bedankt sich für die Einladung und betont, dass das Verständnis für Mehrsprachigkeit in unserer Gesellschaft zwar gut sei, die Anerkennung und Förderung der Sprache, die die Identität des Kindes ausmache, aber noch nicht in den Strukturen unserer Verwaltung angekommen sei. Er stellt offen fest, dass dies zwar durch die Initiative des Landesintegrationsrates bereits im Kindertagesstättengesetz platziert wurde, die Umsetzung in der Gesellschaft aber sehr schwierig sei, da das Verständnis dafür fehle. Er ermutigt, für diese Anerkennung zu kämpfen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die vorliegende „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Einrichtung von neuen bilingualen Kindertageseinrichtungen / neuer bilingualer Kindertagespflege in Köln“, Stand: 01.08.2023.

Die Richtlinie regelt die Vergabe von Fördermitteln an freie Träger und Kindertagespflege für die Neueinrichtung und Qualitätssicherung bilingualer Gruppen und die Förderung der Mehrsprachigkeit in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege.

Diese Fördermittel in Höhe von 264.000 Euro pro Kalenderjahr stehen im Teilplan 0603 Kindertagesbetreuung zur Verfügung.

Die Summe setzt sich wie folgt zusammen:

- Für freie Träger/Kindertagespflege/Großtagespflege: 144.000 Euro
- Für städtische Kitas:
120.000 Euro

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

8.3 Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele 4069/2022

Der Vorsitzende Tayfun Keltek teilt mit, dass er und Herr Özküçük mit vielen Fraktionen und Ratsmitgliedern Gespräche geführt haben. Bevor Wortmeldungen erfolgen, kündigt er an, den Antrag zu TOP 6.1 zurückzuziehen, wenn der vorliegende Ergänzungsantrag zum Bericht angenommen wird.

IRM Turan Özküçük erklärt, dass der Antragsentwurf vorliege und man keine Zeit verlieren wolle, indem er ihn erneut vorstelle. Er betont, dass in einem Fachgespräch vereinbart wurde, dass die Sichtweise des Integrationsrates dem Entwurf schriftlich beigelegt werden soll. Dieser Text sollte im Facharbeitskreis Antirassismus verfasst und abgestimmt werden. In der Facharbeitskreissitzung am 26.10. wurde das Thema jedoch nicht behandelt, obwohl die Absicht bestand. Der vorliegende Ergänzungsantrag kann diese Funktion erfüllen, wenn die Mitglieder mit dieser Fassung einverstanden sind.

Die Verwaltung, Bettina Baum, entschuldigt sich für das Missverständnis, die unzureichende Kommunikation war ein Fehler der Verwaltung, so dass die Mitglieder keine Einladung zur Sitzung des Facharbeitskreises erhalten haben.

Der Vorsitzende Tayfun Keltek berichtet, dass er mit dem Vorsitzenden des FachAK, Ahmet Edis, gesprochen habe und dieser den späteren Termin nach der Koordinierungsrunde vorgeschlagen habe. Er betont die Intensität der Diskussion aufgrund der Erfahrungen aus der Vergangenheit. Es gehe darum, keine Berichte zu er-

stellen, die die schwächeren Teile der Gesellschaft, insbesondere Menschen mit internationaler Familiengeschichte, undifferenziert darstellen. Eine solche Sichtweise sei gefährlich, da sie, unterstützt durch solche Berichte, in der Folge auch von den Verantwortlichen in der Gesellschaft so übernommen werde und als Steilvorlage für Rassismus diene. Menschen mit internationaler Familiengeschichte werden oft nur aus einer problematischen Perspektive dargestellt, ohne eine Differenzierung vorzunehmen, damit ihre enormen Potenziale überhaupt wahrgenommen und berücksichtigt werden können. Viele dieser Menschen haben hier studiert, seien hier zur Schule gegangen, seien hier geboren und verfügen über enorme Potenziale. Er äußert seinen Unmut darüber, dass in den vergangenen Berichten trotz seiner Aufforderungen immer wieder die Defizite hervorgehoben worden seien, er beobachte diese Vorgangsweise seit 30 Jahren. Insbesondere sei ihm zugesagt worden, dass diesmal keine undifferenzierten Daten und Fakten präsentiert werden, was jedoch nicht eingehalten worden sei. In diesem Zusammenhang betont der Vorsitzende die Entschlossenheit des Integrationsrates, in der zweiten Hälfte dieser Legislaturperiode den Fokus auf die Potenziale von Menschen mit internationaler Familiengeschichte zu legen. Der vorliegende Änderungsantrag sei zwar bescheiden, aber notwendig, um den Bericht überhaupt verabschieden zu können. Die Fraktionen und Abgeordneten werden gebeten, diesen Änderungsantrag als Teil des Berichts zu unterstützen und im Rat zu verabschieden.

RM Dılan Yazicioğlu bedankt sich herzlich bei Frau Baum, dass zwei wichtige Fachgespräche stattgefunden haben. Sie erinnert sich, den Vorschlag gemacht zu haben, dass der Facharbeitskreis die Ergänzungen zum Bericht vornehmen solle. Dieser Vorschlag sei angenommen worden, jedoch habe niemand gewusst, dass der Facharbeitskreis nach der jetzigen Sitzung tagen würde. Bezüglich der Frage, ob der Ergänzungsantrag als Anlage zum Beschlussvorschlag mit abgestimmt werden könne, fasst die zusammen, dass dies in den nachfolgenden Gremien geschehen werde. Der Ergänzungsantrag werde im Rahmen der Beschlussfassung über den Bericht behandelt.

IRM Sigita Gelbach berichtet, dass sie beim zweiten Fachgespräch anwesend war. Sie habe die Verwaltung als gut vorbereitet und interessiert erlebt. Der Termin sei bekannt gewesen und habe im Protokoll gestanden, jedoch habe die Einladung gefehlt. Die Einbindung des Integrationsrates sei aus ihrer Sicht gut gewesen, da es eine intensive Diskussion und Auseinandersetzung mit den Inhalten gegeben habe.

TOP 6.1 „Antrag zur Beschlussvorlage „Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele 4069/2022“ AN/1407/2023“ **und TOP 6.1.1** „Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage „Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele 4069/2022“ AN/1926/2023“ **wurden zusammen mit dem TOP 8.3 behandelt.**

Der Antragsteller zieht den Änderungsantrag zu TOP 6.1 zurück.

Abstimmung über den Ergänzungsantrag des Integrationsrates zu TOP 6.1.1:

Der Integrationsrat empfiehlt folgende geänderte Beschlussfassung:

Beschluss:

Der Integrationsrat bemängelt die weitgehend undifferenzierte und wenig erläuternde Darstellung der Lebenswirklichkeit von Menschen mit internationaler Familiengeschichte in der Anlage zur Beschlussvorlage „Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele 4069/2022“
und

1. nimmt die elf in der Anlage benannten strategischen Herausforderungen für die zukünftige integrierte Sozialplanung der Stadt zustimmend zur Kenntnis;
2. beschließt die strategischen Ziele/Teilziele zu den Herausforderungen wie in der Anlage dieser Vorlage ausgeführt;
3. beauftragt die Verwaltung, im Sinne des strategischen Steuerungsprozesses der integrierten Sozialplanung, dort wo noch nicht mit einer Fachplanung hinterlegt, darzulegen, mit welchen geeigneten Strategien die Ziele/Teilziele verfolgt werden sollen;
4. beauftragt die Verwaltung den Fachausschüssen regelmäßig über die Zielerreichung und die Strategien zur Zielerreichung zu berichten;
5. bittet den Rat die Verwaltung zu beauftragen, bei Vorlage einer künftigen integrierten Sozialplanung die Einlassungen des Integrationsrates zu berücksichtigen und auf eine differenzierte Datenlage zurückzugreifen bzw. diese zu schaffen, um sicher zu stellen, dass Menschen mit internationaler Familiengeschichte, d.h. 40% der Kölner Bevölkerung, differenziert z.B. nach ausländerrechtlichem Status, Aufenthaltsdauer, Zuwanderungsintention, Milieuzugehörigkeit usw. betrachtet werden, sowie erklärende Erläuterungen und Hintergrundinformationen zu geben, warum sich die statistischen Zahlen in dieser Weise bei Menschen mit internationaler Familiengeschichte darstellen.“

Es wird hierzu verwiesen

auf die Diskussion im Frühjahr 2022 zum „[1. Kölner Lebenslagenbericht 2020](#)“ und die bei Beschlussfassung im Rat am 24.6.2022 vorgebrachte Bitte an die Verwaltung, „die Anregungen aus den vorberatenden Gremien miteinzubeziehen“ (u.a. des einstimmig beschlossenen Antrages [AN/1196/2021](#) des Integrationsrates vom 1.6.2022),

sowie auf die erneuten Einlassungen im jetzt zurückgezogenen Antrag [AN/1407/2023](#) von Herrn Kelttek vom 14.08.2023 .

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

8.4 Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für die Errichtung eines Wohngebäudes zur Unterbringung Geflüchteter an der Gießener Straße in Köln-Gremberg durch einen Totalunternehmer 0934/2023

Die Behandlung der Vorlage wurde aufgrund von Beratungsbedarf in die nächste Beratungsfolge verschoben.

Abstimmungsergebnis:

Der Vertagung in die nächste Beratungsfolge wurde einstimmig zugestimmt.

8.5 Verlängerung Auszugsmanagement 2024/2025 2793/2023

Beschluss:

Der Rat beschließt die Verlängerung der Finanzierung von zwei befristeten Stellen für Fachkräfte der Sozialen Arbeit bei Trägern im Rahmen des Auszugsmanagements. Die bisherige Befristung zum 31.12.2023 wird um zwei weitere Jahre bis zum 31.12.2025 verlängert.

Als Grundlage dienen die Beschlüsse vom 14.11.2011 (Vorlage [1891/2011](#) Maßnahmenübersicht), 12.05.2015 (Vorlage [0925/2015](#) vorzeitige Verlängerung und Erweiterung), 28.06.2016 (Vorlage [1450/2016](#) Erweiterung), 14.11.2017 (Vorlage [2338/2017](#) Entfristung von drei Vollzeitstellen - eine pro Träger - und Befristungsverlängerung von vier Vollzeitstellen bis 31.12.2019), 07.11.2019 (Vorlage [3328/2019](#) Befristungsverlängerung von vier Vollzeitstellen bis 31.12.2021), 02.11.2021 (Vorlage [3308/2021](#) Befristungsverlängerung von vier Vollzeitstellen bis 31.12.2023).

Des Weiteren werden zwei befristete Vollzeitstellen mit Immobilienkaufleuten besetzt (ebenfalls bei Trägern im Rahmen des Auszugsmanagements) und bis zum 31.12.2025 finanziert.

Zur Finanzierung der zwei befristeten Stellen für Fachkräfte der Sozialen Arbeit stehen Aufwandsermächtigungen in Höhe von 160.600 € für zwei Stellen im Haushaltsjahr 2024 im Teilergebnisplan des Amtes für Wohnungswesen in der Produktgruppe 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung. Für das Haushaltsjahr 2025 sind ebenfalls 160.600 für zwei Stellen zu berücksichtigen. Das Dezernat für Soziales, Gesundheit und Wohnen wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens 2025 innerhalb der dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggfs. durch Umschichtungen, vorsehen.

Zur Finanzierung der zwei befristeten Stellen für Immobilienkaufleute stehen Aufwandsermächtigungen in Höhe von 160.000 € für zwei Stellen im Haushaltsjahr 2024 im Teilergebnisplan des Amtes für Wohnungswesen in der Produktgruppe 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung. Für das Haushaltsjahr 2025 sind ebenfalls 160.000 für zwei Stellen zu berücksichtigen. Das Dezernat für Soziales, Gesundheit und Wohnen wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens 2025 innerhalb der dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggfs. durch Umschichtungen, vorsehen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt bei 7 Enthaltungen und 2 Gegenstimmen von Turan Özküçük und Ali Esen.

Die Ratsmitglieder haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

8.6 Zweite Satzung zur Änderung der Satzungen der Stadt Köln vom 16.01.2018 über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangswohnheimen für Aussiedler und ausländische geflüchtete Personen und Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme 2695/2023

Beratendes Mitglied Claus-Ulrich Pröiß weist zum einen auf die Anlage 2, d.h. Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren, § 3 Abs. 2 Satz 2 hin: „[...] als angemessen sind regelmäßig die aktuellen Mietobergrenzen der Leistungsträger maßgeblich“. Dazu gebe es sehr unterschiedliche Rechtsauffassungen,

ob beispielsweise ein Zimmer in einer Gemeinschaftsunterkunft hier als Wohnung im Sinne des SGB II, also in Bezug auf die Mietobergrenzen, angesehen werden kann, weil es sich nicht nur um eine Miete, sondern um eine Gebühr handelt. Da könne es in der nächsten Zeit auch zu rechtlichen Auseinandersetzungen kommen. Zum anderen heiße es im Beschlusstext auf Seite 5, Absatz 2: „Die laufenden und beschiedenen Härtefallgenehmigungen laufen am Ende ihrer Befristung aus, so dass die Bewohnenden im Anschluss aufgrund der neu erlassenen Satzung einen neuen Benutzungsgebührenbescheid erhalten“. Dieser Passus wurde bereits im Zusammenhang mit der sogenannten Altfallregelung erwähnt. Hier sei überhaupt nicht klar, ob das der gleiche Personenkreis sei oder ob es hier noch andere Personenkreise gebe, die von dieser Regelung nicht betroffen seien.

IRM Lisa Khan erklärt, es sei etwas zu kurzfristig, um es vollständig zu erfassen, die GOL werde versuchen, mit den Ratsmitgliedern zu sprechen und Änderungen einzubringen. Daher stimmen sie nicht ab.

In der anschließenden Diskussion geht es um die Ablehnung der Vorlage durch die gewählten Mitglieder des Integrationsrates. Die Verwaltung und die Ratsmitglieder zeigen sich irritiert und finden es schwierig, dass die Vorlage abgelehnt wird, obwohl die gewählten Mitglieder die Vorlage aufgrund der Kurzfristigkeit noch nicht im Detail kennen. Die Mitglieder vertreten unterschiedliche Standpunkte. Die Diskussion endet mit dem Vorschlag, in Zukunft besser auf eine rechtzeitige Beratung von Vorlagen zu achten und die Möglichkeit der Verschiebung in andere Gremien ohne Votum zu nutzen. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass die Mitglieder bei kurzfristig eingegangenen Beschlussvorlagen enthaltend oder dagegen stimmen werden. Der Vorsitzende Tayfun Keltok schließt die Diskussion mit dem Hinweis, dass der Integrationsrat das erste Gremium sei, das mit den Vorlagen konfrontiert werde und deshalb aktiv die Möglichkeiten genutzt werden sollten, in der weiteren Beratungsfolge effektiv zu arbeiten und weiteren Austausch zu suchen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die

1. „Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangwohnheimen für Aussiedlerinnen und Aussiedler und geflüchtete Personen“ in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 1) und nimmt die darin enthaltene Objektaufteilung zustimmend zur Kenntnis.
2. „Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Übergangwohnheimen für Aussiedlerinnen und Aussiedler und geflüchtete Personen“ gemäß Anlage 2 und nimmt die kategoriebezogene Benutzungsgebühr unter Berücksichtigung der durch das SGB II bzw. XII nicht berücksichtigungsfähigen Unterkunftskosten (Anlage 3/FLÜ) zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Die Integrationsratsmitglieder stimmen mit 0 Ja-Stimmen, 5 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen dagegen.

Die Ratsmitglieder haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

8.7 Leitbild für kulturelle Teilhabe in Vielfalt 3533/2023

Die Behandlung der Beschlussvorlage wurde aufgrund von Beratungsbedarf in die nächste Beratungsfolge verschoben.

Abstimmungsergebnis:

Der Vertagung in die nächste Beratungsfolge wurde einstimmig zugestimmt.

8.8 Befristete Verlängerung des Förderprogrammes im Rahmen des Programmes "Bleibeperspektive in Köln" mit Trägerbindung 2254/2023

Beratendes Mitglied Claus-Ulrich Pröiß appelliert an die gewählten Mitglieder, über die Vorlage nicht abzustimmen und gibt zu bedenken, dass die Ablehnung des Bleiberechtsprogramms und der Bleiberechtsinitiative durch den Integrationsrat negativ nach außen wirke. Er hoffe deshalb auf eine gute Entscheidung im Integrationsrat.

IRM Lisa Khan betont, dass es sehr wichtig sei, die Vorlage im Integrationsrat zu beschließen.

Der Vorsitzende Tayfun Keltek betont die Verantwortung des Integrationsrates hinsichtlich auch der in der Beschlussvorlage enthaltenen Trägerbindung.

IRM Carine Weber fragt, warum es nur vier Träger gebe bzw. warum Agisra nicht mehr unter den Trägern aufgeführt sei. Des Weiteren möchte sie wissen, wie es sich mit der Höhe des Förderbetrages verhält, ob dieser gleichgeblieben oder gesunken sei.

Die Verwaltung, Christina Boeck, antwortet, dass Agisra auf eigenen Wunsch ausgeschieden sei und die Fördersumme gleichgeblieben sei und nun von den vier verbliebenen Trägern per Antrag genutzt werde. Auf die Nachfrage, ob ein fünfter Träger hinzukommen könne, erklärt Frau Boeck, dass es zwei Möglichkeiten gegeben habe. Entweder es bei der bestehenden Trägerbindung zu belassen, was mit der Gesetzesänderung begründet werden könne, so wie es in der Vorlage eingebracht worden sei. Die zweite Möglichkeit wäre gewesen, für alle Träger komplett frei ausschreiben zu müssen. Aufgrund dieser Gesetzesänderung, die mit dem Chancenaufenthaltsrecht eingetreten ist, die also zu einer Veränderung in der gesamten Arbeit in diesem Bleiberechtsprogramm geführt hat, hat sich die Verwaltung entschieden, das Förderprogramm wieder mit Trägerbindung einzubringen und nicht auszuschreiben. Die Variante, vier Träger mit Trägerbindung und einen Träger ausschreiben zu lassen, wurde nicht gewählt. Die Träger seien im Vorfeld gefragt worden, ob sie überhaupt weiter mit uns zusammenarbeiten wollen, was sie bejaht haben.

Beschluss:

Der Rat nimmt den Evaluationsbericht zum Förderprogramm „Bleibeperspektiven in Köln“ zur Kenntnis (Anlage 1) und beschließt die Verlängerung des Förderprogrammes bis zum 31. Dezember 2025 in geänderter Fassung (Anlage 2).

Der Rat erkennt den Bedarf in Höhe von jeweils für 2024 und 2025 in Höhe von 396.000 Euro für die Verlängerung des Förderprogrammes an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Die Ratsmitglieder nehmen an der Abstimmung nicht teil.

8.9 Auf dem Ginsterberg 2 - 34 in 50737 Köln Weidenpesch:

Abriss und Neubau von 15 ein- und zweigeschossigen Einfamilienhäusern sowie Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Zukunft des bestehenden Mehrfamilienhauses 2814/2023

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, Planungen für den Rückbau der 15 ein- und zweigeschossigen Einfamilienhäuser auf dem städtischen Grundstück Auf dem Ginsterberg 6-34 in 50737 Köln- Weidenpesch, Gemarkung Longerich, Flur 7, Flurstück 513, aufzunehmen.
2. Ferner wird die Verwaltung beauftragt, Planungen für die Errichtung von 15 Einfamilienhäusern im freifinanzierten Wohnungsbau im Passivhausstandard vorzunehmen.
3. Zusätzlich ist von der Verwaltung eine Machbarkeitsstudie hinsichtlich der wirtschaftlichen Gegenüberstellung einer Sanierung des auf demselben Flurstück befindlichen Mehrfamilienhauses im Bestand und einer Niederlegung mit anschließendem Neubau unter der Erfüllung der Voraussetzung des § 35 Abs. 4 BauGB in der Kubatur des Bestandsgebäudes durchzuführen.

Sofern eine Sanierung des Mehrparteienhauses baurechtlich möglich ist, wird die Sanierungsmaßnahme als Alternative zu dem Neubauvorhaben im folgenden Baubeschluss dargestellt.

4. Dazu ermächtigt der Rat die Verwaltung, die erforderlichen Planungsleistungen der Leistungsphasen 1 – 3 auf Basis der HOAI – Gebührenordnung - zu beauftragen sowie die vorab notwendigen Gutachten (Statik, Boden-, Schadstoff-, Lärmschutz, Verkehr etc.) einzuholen.
Die voraussichtlichen Aufwendungen für die Vorplanungen des Rückbaus der 15 Einfamilienhäuser betragen rund 48.000 € brutto.
Die prognostizierten Planungskosten zu den Neubauten der 15 Einfamilienhäuser, dem Neubau des Mehrfamilienhauses bzw. der Sanierungsmaßnahme betragen insgesamt rund 1,08 Mio. € brutto. Der Betrag beinhaltet bereits die in Auftrag zu gebende Machbarkeitsstudie.
5. Gleichzeitig werden die investiven Auszahlungsermächtigungen für die Planung der Vorhaben in entsprechender Höhe im Teilfinanzplan des Amtes für Wohnungswesen in der Produktgruppe 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-5-5254 – Neubau Auf dem Ginsterberg 2-34, freigegeben.
6. Der Rat erkennt in diesem Zusammenhang den Bedarf für die externen Beauftragungen der Leistungsphase 1-9 an.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Votum in die Beratungsfolge verwiesen

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

RM Claudia Brock-Storms bittet die Verwaltung, eine kurze Sachstandsmitteilung zu verfassen, ob sich inzwischen etwas Positives vermelden lasse bzw. ob es Fortschritte bezüglich des Ratsbeschlusses zum International Welcome Desk gebe. Letzte Mitteilung hierzu habe es im April im Wirtschaftsausschuss gegeben, deshalb an dieser Stelle eine konstruktive Nachfrage zum Sachstand hinsichtlich des Übergangs vom groben zum Feinkonzept des Projekts.

II. Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen

1.1 Dritter Sachstandsbericht zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten
- umgesetzte Maßnahmen
3216/2023

1.2 Mündliche Mitteilungen

Ende der Sitzung um 17:10 Uhr.

Gez.

Leyla Bachtiosin
(Schriftführung)

Bettina Baum
(Amt für Integration und Vielfalt)